

**Zwischen Wunder und Skandal -
die Ordnung der Welt und die Zukunft des Westens**

Rede

**von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler
an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg
am 28. Mai 2014**

I.

Es ist mir eine Freude, an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg zu Gast zu sein. Ich bin froh darüber, dass Deutschland diesen Ort der Gelehrsamkeit hat. Hier können Studierende aller Konfessionen die Quellen des Judentums, die Geschichte des jüdischen Volkes und jüdische Philosophie, Kunst und Literatur studieren; hier können sie auch vertraut werden mit einer Lebensführung im Zeichen des jüdischen Glaubens, von der Gebetspraxis bis zur jüdischen Erziehung. Mit all diesem Bildungsgut prägt die Hochschule ihre Studierenden - vermutlich selbst die, die nur ein "Schnupperstudium" absolvieren. Sie prägt sie, und sie sendet sie hinaus in den Alltag hier in Deutschland und überallhin, wo ihnen die Türen offen stehen in Europa und in der Welt. So kommen immer mehr Menschen einer der großen Quellen nahe, die seit Jahrtausenden die Kultur und die Zivilisation des Westens speisen. Das ist ein wunderbares Geschenk.

II.

Ich habe meiner Rede den Titel gegeben: "Zwischen Wunder und Skandal - die Ordnung der Welt und die Zukunft des Westens." In dem Titel stecken einige Annahmen.

Erstens: Trotz aller Unübersichtlichkeit erleben wir in der Welt mehr Ordnung als Unordnung. Es herrscht nicht das Gesetz des Dschungels, sondern es gibt ein stabiles Grundgerüst von Normen, Institutionen und Verfahren. Am wichtigsten davon: Das Recht und die Organisation der Vereinten Nationen mit dem zwischenstaatlichen Gewaltverbot als zwingendem Völkerrecht (*ius cogens*), mit der Verpflichtung auf die Achtung der Menschenrechte und mit der Befugnis des Sicherheitsrates, die internationale Sicherheit und Ordnung zu bewahren oder wiederherzustellen, notfalls mit Gewalt.

Zweitens: Diese Ordnung ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis eines Lernprozesses, und sie trägt die Handschrift des Westens, vor allem der angelsächsischen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Der Lernprozess wird deutlich, wenn man die Ordnung von 1945 mit der von 1919 vergleicht. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs blieben weite

Teile der Welt unter Kolonialherrschaft. Die Enttäuschung und Verbitterung zum Beispiel in China, Indien und Vietnam war riesengroß. Die neue Ordnung dagegen, die mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 ihren Anfang nahm, mit Amerika als Ankernation, wurde wirklich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und auf ungeteilte Menschenrechte für jede und jeden gegründet. Sie war von Anfang an wirklich eine *Weltorganisation*, so umfassend und inklusiv wie noch nie eine zuvor. Und es hat sich tatsächlich vollzogen, worauf diese Organisation angelegt war: Der Kolonialismus wurde überwunden, die Völker wurden frei zur Selbstbestimmung und zur internationalen Zusammenarbeit. Das liegt zum Teil noch gar nicht lange zurück: In diesem Jahr feiert Portugal den 40. Jahrestag seiner "Nelkenrevolution". Damals, 1974, vertrieb ein linksgerichteter Militäraufstand ein rechtsgerichtetes Regime von der Macht, und das Land machte sich auf den Weg zur parlamentarischen Demokratie. Erst da beendete Portugal seine blutigen Kolonialkriege in Afrika und entließ seine dortigen "Besitzungen" in die Unabhängigkeit. Wenig später wurden auch Griechenland und Spanien demokratisch, und ab 1989 vollzog sich die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas. Diese 15 Jahre der Revolution waren ein Durchbruch zur Überwindung von Diktaturen und zu der breiten Anerkennung von Freiheit und Demokratie als Organisationsform moderner Gesellschaften. Sie sind auch Erinnerung daran, dass sich das westliche Modell stets auf Lern- und Erneuerungsfähigkeit gründet. Ich leite daraus ab: Gerade weil wir wissen, was unsere Werte sind, haben wir keine Furcht vor der Weiterentwicklung unserer Institutionen.

Drittens: Wer vom "Westen" spricht, sollte definieren, wen er damit meint. Meine geographische Arbeitsdefinition lautet: Der Westen, das sind die Mitglieder der Europäischen Union, die Vereinigten Staaten von Amerika - die ich gelegentlich mit "Amerika" abkürzen werde - , die NATO-Verbündeten und die anglophone Welt mit Australien, Kanada und Neuseeland. Ich weiß, zum Westen könnte man auch Länder wie Japan, Mexiko und Brasilien zählen, aber deren historische und politische Verbindungen sind doch andere und weniger

intensive als die zwischen den Mitgliedern von EU und NATO, Amerika und der Anglophonie.

"Der Westen" hat natürlich viel mehr als nur geographische Bedeutung. Für mich bedeutet das zum Beispiel, dass zum Westen und zu Europa auch Israel gehört. Die Wendung „der Westen“ steht zugleich für eine bestimmte Verbindung von Ideen, Werten und Leistungen, für eine freiheitliche und rechtsstaatliche politische Ordnung, für eine Kultur der Selbstkritik, für den beständigen Meinungskampf darüber, was das Rechte sei, für den Respekt vor Minderheiten und abweichenden Ansichten und für ein geistiges Klima der Weltoffenheit. Das alles ist mehr als nur Demokratie plus technischer Fortschritt, und es macht den Westen über alle geographischen Grenzen hinaus attraktiv. "Der Westen" ist auch ein geistiger Ort, der weltweit ungezählten Menschen Heimat bietet.

Viertens: Der geographische und der geistige Westen hat Zukunft, und das nicht bloß physikalisch, sondern politisch und kulturell. Diese Zukunft wird - fast möchte man sagen: wie gewohnt - irgendwo zwischen Wunder und Skandal verlaufen. Wie *licht* sie aber sein wird, die Zukunft des Westens, das hängt wesentlich davon ab, was er selber aus seinen Gaben macht.

Zwischen Wunder und Skandal - dazu hat mich Peter Sloterdijk angeregt. Er notiert in seinem Buch "Zeilen und Tage", und ich zitiere: "Ein und derselbe Weltzustand sieht völlig anders aus, je nachdem ob man ihn vom Chaos aufwärts ansieht oder vom Ideal abwärts. Aus der ersten Perspektive ist jeder Ansatz zu einer Ordnung ein Wunder, aus der zweiten erscheint noch die bestmögliche Wirklichkeit als ein Skandal."

In dieser Feststellung stecken mindestens drei Wahrheiten. Erstens: Unsere Wahrnehmung und Bewertung der Welt hängt von der Perspektive ab, die wir einnehmen. Wo wir leben, wie wir leben, welches Weltbild wir haben und welche Erzählung über den Lauf der Welt wir für

richtig halten, das alles bestimmt unsere Perspektive. Zweitens: Wir können die Perspektiven wechseln. Es verlangt nur ein wenig Interesse und geistige Anspannung. Wir können uns darüber informieren, wie die Welt aussieht, wenn man sie nicht vom Westen her betrachtet. Wir können unterschiedlichen Erzählungen darüber zuhören, in welche Richtung sich die Dinge bewegen und bewegen lassen - Ende der Geschichte dank Sieg von Freiheit und Demokratie? Niedergang des Westens und Aufstieg "asiatischer Werte"? Untergang der Menschheit in Klimakatastrophe und Krieg Aller gegen Alle? Weltweite gedeihliche Entwicklung dank friedlicher Lerngemeinschaft und Zusammenarbeit? Wir können uns fragen, wie wir helfen können, eine dieser Erzählungen zu verwirklichen und andere zu widerlegen.

Und das scheint mir die dritte Wahrheit zu sein bei Sloterdijk: Die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel und das Kennenlernen von unterschiedlichen Sichtweisen und Erzählungen können uns sowohl gelassener als auch handlungsfähiger machen. Dann lähmen uns weder Ehrfurcht noch Empörung oder auch Angst, und wir folgen eher dem alten Heinrich Heine und seinem Appell: "Schlage die Trommel und fürchte dich nicht".

Meine Damen und Herren,

ich möchte Sie dazu anstiften, die Ordnung der Welt zu studieren und die Zukunft des Westens zu bedenken; ich möchte ein wenig für meine eigene Weltsicht werben; und ich möchte Ihnen ans Herz legen, sich für das zu engagieren, was Sie als richtig erkennen. Denn jede und jeder von uns kann dazu beitragen, einem Skandal ein Ende zu machen, oder ein Wunder alltäglich.

III.

Wie sieht es aus in der Welt? In welche Richtung verändert sie sich? Welche Erzählung, welches Bild von sich selbst sollte den Westen leiten?

Als ich geboren wurde, 1943, gab es 2,3 Milliarden Menschen auf der Welt. 2050 werden es rund sieben Milliarden mehr sein (9,27 Milliarden). Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gibt jedem von ihnen Anspruch auf „einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet“ (Artikel 25 Absatz 1). Diesem Ziel ist die Menschheit in den vergangenen Jahrzehnten einerseits näher gekommen: Hunderte Millionen haben sich aus bitterster Not herausgearbeitet. Das ist die Tagseite der Globalisierung. Wahr ist aber auch: Noch immer geht weltweit jeder achte Mensch hungrig zu Bett, noch immer ist jedes sechste Kind unterernährt, noch immer haben Hunderte Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, keine ausreichende medizinische Versorgung und keinen elektrischen Strom. Und die Entwicklungsfortschritte sind ähnlich teuer erkaufte wie das Wohlstandsniveau, das der Westen schon lange genießt: mit Umweltzerstörung, mit dem ungebremsten Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen und mit einem unerhörten Raubbau an den endlichen Ressourcen unseres Planeten. Das ist die Nachtseite.

Darum wirken die Zukunftsperspektiven der jetzigen Entwicklung düster: Allein um die wachsende Weltbevölkerung nur der nächsten 15 Jahre angemessen zu versorgen, werden etwa 30 % mehr Wasser, 40 % mehr Energie und 50 % mehr Nahrungsmittel nötig sein. Es fällt schwer zu glauben, dass sich die Menschheit dank technischem Fortschritt aus diesen Nöten "herausfinden" kann. Der Lebensstil der Moderne stößt an seine Grenzen. Bisher ist es jedenfalls keiner Gesellschaft gelungen, das wirtschaftliche Wachstum von den CO₂-Emissionen abzukoppeln. In Deutschland zum Beispiel sind sowohl der Kohleverbrauch als auch die CO₂-Emissionen im letzten Jahr wieder angestiegen!

Was wird aus der Ordnung der Welt? Eine Prognose lautet: Sie geht aus den Fugen. Die Mächtigen greifen rücksichtslos nach den immer knapperen Ressourcen, und die ärmsten Länder versinken endgültig im Elend. Für diese Prognose, für diese Erzählung über die Zukunft lassen sich durchaus Argumente finden. Weltweit rüsten viele Staaten auf, aus Furcht vor Nachbarn oder weil sie Macht projizieren wollen. Es gibt wieder brisante

Gebietsstreitigkeiten, die oft mit der Absicht zu tun haben, Bodenschätze auszubeuten, und es gibt viel destruktiven Nationalismus, der oft mit historischem Unrecht zu tun hat, das niemals aufgearbeitet worden ist. Und es gibt neben dem Aufstieg neuer Mächte, den wir nur begrüßen können, solange er sich friedlich und kooperativ vollzieht, eine Schwächung, eine *Selbstschwächung* des Westens. Er hat die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges schlecht genutzt. Er hat sich in Krieg, Finanzkrisen und Staatsverschuldung verloren und hält störrisch an seinen Besitzständen fest: mit egoistischen Handelsschranken und Subventionen und mit einem Verbrauchs- und Verschmutzungsniveau, das – wenn es nicht korrigiert wird – nur in der Klimakatastrophe enden kann.

IV.

Und doch glaube ich an eine andere Zukunft – weil ich an den Westen glaube.

Betrachten wir noch einmal die Nachkriegsordnung der Vereinten Nationen. Sie trägt nach ihrer Entstehungsgeschichte und in ihrem Inhalt unverwechselbar eine westliche Handschrift: Vertrauen auf die Herrschaft des Rechts, Einladung zur Mitarbeit an alle friedliebenden Völker, Garantie von Selbstbestimmung, Gleichheit und Menschenrechten und Verpflichtung auf friedliche Zusammenarbeit. Es hat Jahrhunderte gedauert, ehe der Westen selber diese Werte auch nur annähernd verwirklicht hatte, aber genau das war es, was seinen Aufstieg bewirkt hat. Seine Revolutionen und Reformationen, seine Praxis der Selbstbestimmung von der kommunalen Selbstverwaltung bis zum Föderalismus, seine Orientierung an Recht und Gerechtigkeit, seine Toleranz für unterschiedliche Glaubenshaltungen und seine immerwährende Neugier und Suche nach Wahrheit haben den Westen groß gemacht, auch wenn er seine aus diesen Wurzeln erwachsene technische Überlegenheit dann missbrauchte, erst um andere zu überrennen und dann, um sich selbst zu zerfleischen.

Aber 1945 wurde eben ein echter Neuanfang gemacht. Die neue Weltordnung hat den friedlichen Wandel bis hin zum Ende des Kalten Krieges ermöglicht, und die aufstrebenden

Mächte von heute sind *innerhalb* dieser Ordnung aufgestiegen, nicht *gegen* sie. Mehr noch: Der Aufstieg dieser nicht-westlichen Nationen hat sie in der Globalisierung mit dem Westen auf das Engste verbunden. Es gibt daher durchaus Grund zu der ermutigenden Annahme, dass die neuen Mächte selber ein vitales Interesse haben, daran festzuhalten und eine gemeinsame Ordnung mitzugestalten, die es ihnen ermöglicht, auch in Frieden und Wohlstand zu leben. Die Realität ist, dass Staaten wie China, Indien und Brasilien – um nur drei der wichtigsten zu nennen – intensiv in praktisch allen Institutionen und Gremien der Völkerrechtsgemeinschaft mitarbeiten. Und sie übernehmen auch in der *politischen* Governance Verantwortung. Zum Beispiel war es wesentlich den G 20-Staaten zu verdanken, der Gruppe von 20 besonders wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Nationen, dass 2007 die vom Westen ausgehende Finanzkrise nicht zu einem weltweiten Melt-Down wurde.

Mit anderen Worten: Wenn wir die Welt also vom Chaos aufwärts betrachten, vor dem Hintergrund zweier Weltkriege und einer Jahrzehnte andauernden Eiszeit zwischen Ost und West, dann dürfen wir getrost das Wunder konstatieren: Aus dieser Perspektive haben wir bereits eine Grundlage für eine auf Partnerschaft und auf gemeinsame Verantwortung angelegte Weltordnung, und die große Mehrheit ihrer Mitglieder arbeitet an ihr mit. Niemand kann ein Interesse daran haben, sie aus den Fugen gehen zu lassen, vielleicht nicht einmal Nord-Korea. Alle Regierungen kennen die Herausforderungen, vor denen die Menschheit angesichts des Bevölkerungswachstums, der drohenden Erderwärmung, der Endlichkeit unserer Ressourcen und der grotesken Nicht-Nachhaltigkeit unserer Konsummuster steht. Und alle wissen auch, dass gegen Völkerwanderungen aus Armut und aus schierer Überlebensnot am Ende selbst die höchsten Mauern nicht helfen werden.

V.

So gesehen ist es nicht bloß ein schöner Traum, sondern es ist das zwingende *Interesse* aller Nationen, die internationale Ordnung und die internationale Zusammenarbeit als politische Gestaltungsaufgabe der Moderne zu sehen, weil sich viele der großen Probleme der

Menschheit nur noch kooperativ lösen lassen. Eine politische Kultur der Kooperation bedeutet Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Länder, groß und klein – doch das schließt auch ein, dass jedes Land das Maß und die *Last* an Verantwortung übernimmt, das es schultern kann. Das macht erhebliche Umbauten nötig, vor allem aber einen tiefen Wandel in der Art, wie wir die Welt wahrnehmen und wie wir in ihr leben. Auch dafür brauchen wir Erzählungen und Leitbilder.

An denen wird intensiv gearbeitet. Ein Anlass dafür ist die Bilanz, die die Vereinten Nationen derzeit zu ihren Millennium-Entwicklungszielen ziehen. Diese Ziele haben die Vereinten Nationen im Gefolge der Millenniumserklärung vom Jahr 2000 aufgerichtet, um bis zum Jahr 2015 messbare Fortschritte vor allem bei der Bekämpfung der extremen Armut, bei der Verbesserung des Gesundheitsniveaus und beim Angebot guter Schulbildung zu erreichen. Schon jetzt müssen wir feststellen: Es gibt auch hier Licht und Schatten, Wunder und Skandal, und nicht alle Ziele werden bis 2015 erreicht werden, auch wenn es erfreuliche Fortschritte gibt. Dennoch ist es geboten, die Anstrengungen fortzusetzen, ja, sie zu verdoppeln, und nun auch viel stärker die strukturellen Ursachen von Armut und Umweltzerstörung in den Blick zu nehmen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, hat 2012 eine internationale Arbeitsgruppe berufen, die eine "kühne und zugleich praktikable" Entwicklungs-Agenda für die Zeit nach 2015 erarbeiten sollte (daher nennt man dies auch die „Post-2015 Agenda“). Ich war Mitglied dieser Gruppe. Sie hat monatelang beraten und sich intensiv mit Vertretern der Zivilgesellschaft, mit Wissenschaftlern und mit Unternehmern ausgetauscht. Vor einem Jahr hat die Gruppe dem Generalsekretär ihren Bericht vorgelegt.

Er hält fünf große Transformationen im Denken und Handeln von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für nötig, und zwar in allen Ecken des Planeten, in Nord und Süd, Ost und West.

Die vier ersten Bündel von Zielen lassen sich so skizzieren: (1) Niemand darf zurückgelassen werden, das heißt: der Anspruch auf ein Leben frei von Hunger, Armut und Unterdrückung muss überall eingelöst werden, durch bessere Infrastruktur und durch eine Grundversorgung mit Gesundheits- und Bildungsleistungen. (2) Nachhaltigkeit muss zum Rückgrat aller Entwicklung werden, das heißt: jede Inanspruchnahme der Umwelt muss für den Verursacher ein entsprechendes Preisschild tragen, und jede Generation soll die Erde mindestens mit dem Maß an Lebensqualität und Lebenschancen weitergeben, das sie selber genossen hat. (3) Die Volkswirtschaften sollen v.a. qualitativ wachsen, das heißt: sie sollen für möglichst alle Arbeit und Einkommen schaffen und die Umwelt schonen. (4) Entwicklung ist auf Rechtsstaatlichkeit und auf gute Regierungsführung angewiesen, das heißt: Staatliches Handeln muss das Recht achten und durchsetzen und schuldet den Bürgern Rechenschaft.

Die fünfte transformative Veränderung, die unser Bericht empfiehlt, halte ich für die grundlegendste und damit wichtigste. Sie lautet: Wir brauchen einen neuen Geist in der internationalen Politik. Die Menschheit hat längst einen Begriff und mit den Aufnahmen aus dem Weltraum sogar ein *Bild* davon gewonnen, dass es ein globales Gemeinwohl gibt, weil unsere Biosphäre untrennbar eins ist. Wir wissen: Alles Handeln und Nicht-Handeln, das diese Biosphäre verändert, betrifft alle anderen und geht darum alle an. Kein Land, so reich und mächtig es auch sein mag, kann auf Dauer seinen Wohlstand erhalten, ohne die Perspektiven und das Wohlergehen der anderen Länder zu berücksichtigen. Wir wissen auch: Keine Nation kann handeln oder nicht handeln, ohne dass es alle anderen erfahren. Dank Satellitentechnik und Medien sehen alle einander zu und bewerten einander. Das Maß dieser gegenseitigen Verantwortlichkeit wächst. Und deshalb war sich unser Panel einig: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der internationalen Politik. Das heißt wir brauchen mehr als nur eine neue oder andere Liste von Entwicklungszielen, wir brauchen vielmehr einen neuen Geist der Solidarität, der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und der gegenseitigen Rechenschaftspflicht in der internationalen Politik. Diesen Geist nennen wir globale Partnerschaft. Der Post-2015 Prozess der Vereinten Nationen ist eine Chance, einen

solchen Geist zu verbreiten und mit Leben zu erfüllen. Er bedeutet konkret, dass nationale Interessen (die es immer geben wird und die grundsätzlich legitim sind) im Rahmen eines Verständnisses des globalen Gemeinwohls verfolgt werden.

Präsident John F. Kennedy hat einst in einer Rede zum amerikanischen "Independence Day" nach einer "Declaration of Interdependence" zwischen den Vereinigten Staaten und der entstehenden Europäischen Union gerufen. Das, ausgerechnet an dem von den Amerikanern so heiß geliebten Tag der *Unabhängigkeit*, war ein starkes emotionales Signal dafür, was moderne Souveränität bedeutet: sich der eigenen Interdependenz bewusst zu sein, der Verschränktheit der eigenen Interessen mit denen der Anderen, des Angewiesenseins auf Andere und der Chancen, die ein gutes Miteinander bietet. Moderne, verantwortliche, kluge Souveränität denkt diese Interdependenz stets mit. Kluge Souveränität weiß: Die Menschheit sitzt in einem Boot. Die bedrohlichen Konflikte des 21. Jahrhunderts bestehen nicht zwischen „uns“ und „denen“, sicherlich auch nicht zwischen dem Westen und dem Rest, sondern zwischen uns und unseren Enkeln, zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen.

Deshalb wünschte ich mir (und es wäre den Schweiß der Edlen wert!), dass die Staats- und Regierungschefs sich zusammenraufen und der neuen globalen Entwicklungsagenda, die sie in der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 in New York verabschieden werden, eine moderne "Declaration of Interdependence" voranstellen. Das wäre ein starkes Zeichen dafür, dass die Politik in diesem neuen Zeitalter der gegenseitigen Abhängigkeiten angekommen ist.

VI.

Welche Rolle kommt dem Westen bei einer solchen globalen Partnerschaft zur Entwicklung des Planeten zu? (1) Er kann in den Institutionen der internationalen Ordnung den aufstrebenden Mächten mehr Raum geben und muss grundsätzlich offen sein, für globale Probleme multilaterale Lösungen zu suchen. (2) Er kann, dank seiner führenden Position auf

vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik und angesichts seiner Erfahrung beim Bau von Rechts- und Wettbewerbsordnungen, vorangehen und anderen helfen bei dem nötigen Transformationsprozess in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. (3) Er kann Vorbild sein („leading by example“ nennen die Angelsachsen das) und damit zeigen, dass er glaubwürdig und selbstkritisch die nötigen Transformationen auch bei sich selbst anpackt und in diesem Zusammenhang auch seinen Lebensstil reflektiert.

Auf den Beitrag des Westens zu hoffen ist mehr als ein bloßer Köhlerglaube; lassen Sie mich kurz zu allen drei Punkten einige Hoffnungszeichen nennen. (1) Es ist trotz aller Beharrungskräfte doch den meisten klar, was institutionell geschehen muss, um die bestehende Ordnung weiterzuentwickeln und ihren eigenen Anspruch an Inklusivität einzulösen. Es mag doch keiner mehr ernsthaft bestreiten, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angesichts des Aufstrebens der Schwellenländer in Asien, Afrika und Lateinamerika der Reform bedarf. Und es wächst doch auch längst die Einsicht, dass die vernetzte Welt eine Autorität braucht, die über die globale ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit wacht. Ich denke, dass auch diese Funktion in einen globalen Sicherheitsrat gehört.

Und aus eigener Anschauung weiß ich übrigens auch: Der Stimmenanteil Europas z.B. im IWF ist ein Anachronismus und mindert im Ergebnis den europäischen Einfluss. Manchmal kommt man weiter, wenn man rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkennt und selbst die Kraft hat, von Überholtem loszulassen. In diesem Sinne hoffe ich sehr, dass Europa in kluger, kreativer und konstruktiver Weise mit den neuen Möglichkeiten umgeht, aus überkommenen Strukturen herauszufinden und neues Vertrauen als Grundlage von Zusammenarbeit aufzubauen.

(2) Was die wissenschaftliche und technische Leistungsfähigkeit des Westens anlangt, muss ich hier in Deutschland keine langen Ausführungen machen. Schon seit Jahren ist klar, dass

westliches Know-How unverzichtbar ist zum Beispiel bei der Gestaltung der Mega-Cities, in denen die Mehrheit der Menschheit leben wird, und dass dieses Know-How dort nicht allein wichtige Fortschritte beim Umweltschutz bieten wird, sondern auch ein glänzendes Geschäft verspricht.

(3) Was schließlich die Bereitschaft des Westens anlangt, seinen ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und in größerer Harmonie mit der Welt zu leben: Die Geschichte der Umweltbewegung und die starke Rolle der europäischen Zivilgesellschaft zeigen, dass die vielleicht typisch westliche Bereitschaft, sich selbst auch in Frage zu stellen, gerade auf dem Gebiet der Ökologie und des Umweltschutzes durchaus fruchtbar gewesen ist. Es ermutigt mich jedenfalls, dass viele Menschen schon heute anfangen mit einem Leben, das die Achtsamkeit sucht gegenüber Umwelt und globaler Gerechtigkeit. Sie zeigen heute schon, dass es nicht um Zwang oder stupiden Verzicht geht, sondern darum, *anders* zu produzieren und zu konsumieren. Das gelingt zum Beispiel, wenn wir uns die technischen Fortschritte in der Energie- und Ressourceneffizienz auch im Alltag zunutze machen, oder wenn wir Wohlstand und Lebensqualität nicht nur über ein materielles „immer mehr“ definieren. Wird der Westen, und gerade auch Europa, es schaffen, hier wieder zur Avantgarde zu werden? Er hat alle Möglichkeiten dazu.

VII.

Wenn der Westen Vorbild sein und mit Führungsstärke vorangehen will, ist dreierlei nötig: Er muss zusammenhalten, sein Haus in Ordnung bringen und dem Rest der Welt die Hand reichen.

Zusammenhalten: Das ist ein Thema vor allem zwischen Europa und den USA, und es hat eigentlich immer Konjunktur. Da gibt's schöne Zitate: Sei es, dass Georg Friedrich Wilhelm Hegel den Amerikanern bescheinigt, ihr junger Staat sei noch nicht reif genug für die Einführung der Monarchie, sei es, dass Alexander Hamilton dem alten Europa vorwirft, alle anderen Kontinente mit Gewalt und Tücke unterworfen zu haben, "sich als Herrin der

Menschheit aufzuspielen und zu glauben, dass der Rest der Menschheit für ihren Nutzen geschaffen worden ist." Moderne Variationen handeln davon, dass die Europäer angeblich von der Venus kommen und die Amerikaner vom Mars, dass das europäische Sozialmodell menschenfreundlicher sei als das amerikanische, und immer so weiter.

Dazu ist zweierlei zu sagen. Erstens: Ja, alle diese Unterschiede gibt es; nur verlaufen sie nicht säuberlich zwischen "den" Europäern und "den" Amerikanern. Es gibt weder ein halbwegs einheitliches europäisches Sozialmodell (geschweige denn ein nachhaltig finanziertes) noch ein einziges amerikanisches. Auch in den USA sind sehr viele Bürgerinnen und Bürger gegen die Todesstrafe und gegen privaten Waffenbesitz, und viele Bundesstaaten haben sie verboten. Auch in den USA gibt es außenpolitisch Falken und Tauben. Auch viele Europäer waren für den Irak-Krieg, so wie viele Amerikaner gegen ihn waren, Barack Obama zum Beispiel. Halten wir uns darum nicht damit auf, was angeblich ganz Europa von den gesamten USA unterscheidet oder gar trennt. Sprechen wir lieber über all das, was uns unbestreitbar miteinander verbindet. Und da gilt zweitens: Wir gehören zur selben Familie von Völkern mit gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln und ähnlichen Rechts- und Verfassungsordnungen und Wertvorstellungen, und um es mit Timothy Garton Ash zu sagen: "bei nüchterner Analyse ist es praktisch unmöglich, größere Differenzen zwischen den langfristigen Interessen Europas, Amerikas und der anderen freien reichen Staaten des Westens auszumachen."

Zusammenhalten bedeutet:

- sich in *allen* wichtigen weltpolitischen Fragen abstimmen. Das wird nicht immer zu einem einheitlichen Standpunkt führen, aber es birgt mindestens drei Vorteile: (1) Es beugt auf amerikanischer Seite der Versuchung vor, die Europäer bloß als Pool von Alliierten zu sehen, aus denen man sich je nach Bedarf das Passende herauspicks. Aus meiner Sicht muss dieser Aspekt etwa auch beim Thema NSA die USA zum Nachdenken bringen. (2) Es zwingt die

Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu, ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu professionalisieren, um in Echtzeit wenigstens für die Mitglieder Mehrheit sprechfähig zu werden. (3) Es bewahrt das transatlantische Verhältnis davor, sicherheitslastig oder wirtschaftslastig zu sein, und die größere Bandbreite und Vielfalt macht alles anschlussfähiger für die Sichtweisen nichtwestlicher Nationen.

- Zusammenhalten heißt: ein gemeinsames Verständnis von notwendiger militärischer Präsenz und ein besseres burden-sharing finden. Die Westeuropäer verlassen sich seit dem Ende des Kalten Krieges mehr denn je auf die militärischen Fähigkeiten der USA. Das hat das Gewicht der europäischen Ansichten nicht gestärkt. Dabei könnte die europäische Verteidigungskraft sogar ohne höhere Militärausgaben wachsen: durch Standardisierung der Bewaffnung, durch ein gemeinsames Beschaffungswesen, durch größere Spezialisierung einzelner Armeen auf bestimmte Aufgaben mit dem Ziel, dann im westlichen Bündnis wie die Teilstreitkräfte einer einzigen Armee zusammenzuwirken. Das setzt gemeinsame Klarheit voraus darüber, wofür der Westen zu kämpfen bereit ist.

- Zusammenhalten bedeutet auch: die gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen entschlossen weiter ausbauen. Dafür ist das geplante Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) nach meiner Einschätzung ein guter Ansatzpunkt, genau wie sein Pendant, die Transpazifische Partnerschaft (TPP), für den Pazifischen Raum. Das TTIP würde dem Westen wirtschaftlichen Schub geben, es würde die im Westen nötigen Strukturreformen begünstigen, es würde westliche Industrie- und Rechtsstandards stärken. Das alles kann die Kräfte der globalen Transformation stärken - vorausgesetzt, die Notwendigkeit dieser Transformation wird bei der Aushandlung und Anwendung des TTIP *mitgedacht*. Übrigens: Bei der *Transpazifischen* Partnerschaft denkt auch China über einen Beitritt nach, und eine chinesische Beteiligung wäre ganz im Sinne der Rolle, die der Westen weiterhin übernehmen muss - er soll *inklusive, partnerschaftliche* Institutionen bauen. Wichtig bei all den respektiven Verhandlungen ist, dass die Bedenken aus der

Zivilgesellschaft, etwa bezüglich des Unterlaufens von Demokratie, nicht unter den Teppich gekehrt werden. Und für mich steht außer Frage, dass Handelspolitik, die nicht auch und gerade den Ländern des Südens mehr Handel und Entwicklung ermöglicht, zu kurz springt.

VIII.

Das Haus des Westens in Ordnung bringen: Wo soll ich anfangen bei der Aufzählung all dessen, was da nötig ist?

Vielleicht beim Begriff der Ordnung selbst. Der Westen ist nicht aus ein paar abstrakten Ideen und Freiheitsbegriffen entstanden, er ist nicht von ein paar Revolutionären *gemacht* worden, sondern er ist über viele Jahrhunderte als Ensemble von Ordnungen und Verhaltensweisen gewachsen. Er ist natürlich auch erwachsen aus Geisteshaltungen, aus religiösen und philosophischen Überzeugungen von der Würde und Freiheit des Individuums. Er ist aber vor allem gewachsen aus von solchen Überzeugungen geleiteter, freiheitsstiftender *Praxis* - vom Investurstreit bis zur Magna Charta, von der Petition of Rights und Habeas-Corpus-Akte (1679) bis zur Bill of Rights (1689), von den Stadtrepubliken Italiens und Deutschlands, wo bekanntlich Stadtluft frei machte, bis zu der schon erwähnten Unabhängigkeitserklärung der amerikanischen Kolonien. In der Staatenvielfalt Europas und in der Weite Amerikas konnte nie eine Zentralgewalt die Macht an sich reißen, und das schuf Wettbewerb und Freiräume, in denen sich Eigensinn entfaltete und der Wille zur Unabhängigkeit, Freiräume, in denen Bürgergesellschaften entstanden, die stark genug waren, um Tyrannen zu verhindern, und offen genug, damit man ihnen nach freiem Willen beitreten und den Rücken kehren konnte.

So ist die Ordnung des Westens aus Widerspruchsgeist und begründetem Zweifel gegen alle Monopole entstanden - auch gegen ein Wahrheitsmonopol der Mehrheit, aus dem Ringen um Glaubensgewissheit und wissenschaftliche Erkenntnis, aus dem Willen zur persönlichen und gesellschaftlichen Selbstbestimmung, aus Unternehmungsfreude und aus der durch die Jahrhunderte gelebten Überzeugung, dass die *Freiheit* vor Gott und den Menschen auch die *Verantwortung* vor Gott und den Menschen bedeutet.

Dieses Band zwischen Freiheit und Verantwortung ist locker geworden. Bei den Finanzinstituten ist der Zusammenhang von Freiheit zum Risiko und Pflicht zur persönlichen Haftung verloren gegangen. Im Bereich der Staatsverschuldung oder der Klimapolitik ist die Verantwortung zwischen den Generationen verloren gegangen: Die Heutigen leben auf Kosten der Kommenden. In unseren Gesellschaften droht die Verantwortung für das Gemeinwesen und damit füreinander verloren zu gehen: zu Recht ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt mehr, und wenn ich mir die Parallelgesellschaften von Superreichen ansehe, die sich abschotten und entsolidarisieren, dann kann mich das durchaus wütend machen.

Unsere Ordnung braucht Anreize und Eingriffe, damit sich das wieder ändert. Ich weiß, da gibt es viele Baustellen mit viel Lärm, aber wird auf ihnen auch wirklich tief genug gegraben? Solange Finanzinstitutionen "too big to fail" bleiben, so lange bleibt ihre Freiheit verantwortungslos und bleiben die Steuerzahler in Geiselschaft. Solange die Staatsverschuldung weit jenseits aller vernünftigen Stabilitätskriterien verharrt, so lange bleiben die wirtschaftlichen Wachstumskräfte gedämpft und der Einfluss der Finanzmärkte ungesund groß. Solange in der EU Konzepte für mehr Wettbewerbsfähigkeit (Lissabon Strategie, Europa 2020) vornehmlich nur auf dem Papier stehen und nicht umgesetzt werden, solange hier nicht endlich die Kraft besteht, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung und Entwicklung zu einer echten Priorität zu machen, so lange wird die Arbeitslosigkeit in Europa hoch bleiben und die Chancen Geringqualifizierter niedrig. Und solange der Einfluss aller möglichen Lobbies in den westlichen Parlamenten zunimmt, so lange wird sich an alledem wenig ändern. Hier bin ich vielleicht am wenigsten zuversichtlich.

Ob der Westen sein Haus in Ordnung bringt, das wird vom Rest der Welt genau beobachtet. Das geschieht überwiegend ohne Schadenfreude oder Gehässigkeit, obwohl man wahrlich lange genug vom Westen missioniert und belehrt worden ist und keine Lust verspürt, noch eine weitere seiner Finanz- und Schuldenkrisen mit auszubaden. Nein, die meisten anderen

Nationen, auch und gerade die dem Westen Wohlgesonnenen, fragen sich einfach, was in der internationalen Zusammenarbeit vom Westen künftig zu erwarten ist, wie stark und attraktiv er bleibt. Darauf kommt es für die globale Partnerschaft zur Entwicklung des Planeten mehr denn je an.

IX.

Die Hand zur Partnerschaft reichen: Das sollten wir zuerst zuhause einüben. Der Westen ist attraktiv, weil in ihm Menschen aus aller Welt friedlich und produktiv zusammenleben. Dabei entsteht im besten Fall eine wirklich neue Mischung, mehr als nur multikulturelles Nebeneinander, eine echte Gemeinschaft in Verschiedenheit, ein gemeinsames Ethos. Solche Mikrokosmen der Weltgesellschaft sind wünschenswert, und sie entsprechen dem Bild des Westens von sich selbst. Sie setzen interkulturelle Kompetenz voraus, eine kluge und humane Einwanderungspolitik und feste Grundsätze des Zusammenlebens, die für alle verbindlich sind - um bei der Hausmetapher zu bleiben: eine Hausordnung, an die sich alle zu halten haben und die mit fester Hand durchgesetzt wird. Diese Mischung wünsche ich mir auch für Deutschland.

Der Westen sollte darüber hinaus immer beachten, dass seine eigene, skeptisch-liberale Mischung aus Institutionen, Regeln und Verhaltensweisen kein Patentrezept und erst recht kein Schnellrezept für andere ist. Er sollte sein eigenes Modell niemandem aufdrängen, schon gar nicht mit Gewalt, so wie der Westen ja auch nicht die Wertvorstellungen und die Regierungsweise der Anderen aufgedrängt bekommen will.

Ein Prinzip der globalen Partnerschaft sollte darum die Goldene Regel sein: "Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu". Sie findet sich in allen Weltreligionen und allen großen philosophischen Systemen. Hans Küng und die Stiftung Weltethos in Tübingen stellen die Goldene Regel und die Grundsätze der Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau in den Mittelpunkt einer Ethik für das Zeitalter der Globalisierung. Sie verbindet die Kulturen der Welt im Verborgenen

schon lange; aber nun gilt es, diese Gemeinsamkeit überall ins Bewusstsein zu heben und fruchtbar zu machen. Wer die goldene Regel für die internationalen Beziehungen zu Ende denkt, erkennt, wie viel sich im Zusammenleben der Völker ändern muss und wie groß dabei die Bringschuld des Westens ist. Angesichts unseres nicht nachhaltigen Lebensstils ließe sich das durchaus in einer modernen Fassung des Kant'schen Imperativs zuspitzen: „Lebe so, dass dein Lebensstil auch von allen anderen Menschen auf dem Planeten übernommen werden könnte“. Diesen Anspruch Wirklichkeit werden zu lassen ist die größte ethische, politische und technische Herausforderung für den Westen, die ich sehe. Sie anzugehen, ist Voraussetzung für ein neues zukunftsweisendes Miteinander der Nationen.

Die Kulturen der Welt sind alle miteinander Suchende und Tastende auf dem Weg in die Zukunft. Dabei gibt es nichts Besseres als eine Partnerschaft der Staaten und Nationen. Die Zeit, sich zu ihr zu bekennen und sich darauf zu verpflichten, die Zeit ist jetzt. Niemand kann in die Zukunft sehen. Aber alle können ein schönes Wort von Hannah Arendt beherzigen, das ich auch in dem neuen Buch von Peter Sloterdijk gefunden habe: Sie sage, notiert er: "die sicherste Methode, die Zukunft zu erkennen, bestehe darin, ein Versprechen abzugeben und es zu halten."

Herzlichen Dank!